

**Von:** Rosche, Carsten  
**Gesendet:** Donnerstag, 10. August 2017 17:01  
**An:** RegO1  
**Betreff:** O1-Prüfbitte - Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Bitte z.Vg. O1-15016/1#33  
Rosche

---

**Von:** VII1\_  
**Gesendet:** Donnerstag, 13. Juli 2017 16:39  
**An:** O1\_  
**Cc:** VII1\_; ZI4\_; Rosche, Carsten  
**Betreff:** AW: O1-Prüfbitte - Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

VII1-13002/6#1

Sehr geehrter Herr Rosche,

ich schlage folgende, etwas abgewandelte Formulierung des Musterschreibens vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie wurden innerhalb der laufenden 18. Legislaturperiode auf Grundlage von § 47 Absatz 3 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) zu einem oder mehreren Gesetzgebungsvorhaben beteiligt. Ich beabsichtige nunmehr, die mir dazu eingegangenen Stellungnahmen im Internet zu veröffentlichen. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in der jeweiligen Stellungnahme enthalten sind.

Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten in Ihrer / Ihren Stellungnahme(n) nicht einverstanden sein sollten, bitte ich Sie, die jeweilige Stellungnahme mit entsprechenden Schwärzungen zu versehen und mir diese in einem PDF-Format erneut zu übermitteln.

Sollten Sie mit der Veröffentlichung der Stellungnahme(n) als solcher nicht einverstanden sein, können auch der Veröffentlichung insgesamt widersprechen. In diesem Fall wird auf meiner Internetseite lediglich vermerkt, dass von Ihnen zu dem jeweiligen Gesetzgebungsvorhaben eine Stellungnahme übermittelt wurde.

Mit freundlichen Grüßen“

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Sabine Sauerwein

---

Bundesministerium des Innern  
Referat V II 1 - Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrenswesen, Verwaltungsgerichtsbarkeit,  
Informationszugangswesen, Personenstandswesen und Namensrecht  
Post: Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Tel.: 030-18681-10176  
Fax : 030-18681-10164  
E-Mail: [VII1@bmi.bund.de](mailto:VII1@bmi.bund.de)

---

**Von:** O1\_  
**Gesendet:** Donnerstag, 13. Juli 2017 15:33  
**An:** VII1\_  
**Cc:** ZI4\_; O1\_; Sauerwein, Sabine  
**Betreff:** AW: O1-Prüfbitte - Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Frau Sauerwein,

vielen Dank für Ihre Anmerkungen, die ich in der Pressemeldung sowie für die weitere Abstimmung berücksichtigt habe.

Um ein möglichst einheitliches Auftreten der Bundesregierung zu erreichen, soll ein Mustertext zur Information der Verbände an die Ressorts verteilt werden, in dem diese auch die Möglichkeit des Widerspruchs sowie die Möglichkeit des Entfernens/Schwärzens personenbezogener Daten erhalten.

Mit BMJV habe ich bereits die Abstimmung des Textes vereinbart, wollte Ihnen jedoch zuvor Gelegenheit geben, den Textentwurf anzusehen. Er basiert stark auf dem von BMJV bei der Verbändebeteiligung bereits verwandten Text und lautet wie folgt:

„Das [Name des Ressorts] beabsichtigt, zur Stellungnahme nach § 47 Absatz 3 GGO versandte Gesetzentwürfe aus der 18. Legislaturperiode sowie die dazu eingegangenen Stellungnahmen im Internet zu veröffentlichen. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in dem Dokument enthalten sind.

Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir, diese aus dem Dokument zu entfernen und die geänderte Stellungnahme in einem PDF-Format erneut einzureichen. Falls Sie der Publikation im Internet insgesamt widersprechen, wird auf der Internetseite des [Name des Ressorts] lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat.“

Für eine kurze Prüfung und ggf. Anmerkungen bin ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
i. A. Carsten Rosche

--

**Bundesministerium des Innern**

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

[O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de)

[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

---

**Von:** VII1\_  
**Gesendet:** Dienstag, 11. Juli 2017 14:43  
**An:** O1\_  
**Cc:** VII1\_; ZI4\_; Rosche, Carsten; UALVII\_; ALV\_  
**Betreff:** WG: O1-Prüfbitte - Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Zu Ihren Vorschlägen im Nachgang der St-Runde am 10.07.2017 und den dort getroffenen Vereinbarungen nehme ich wie folgt Stellung:

**Zu Punkt 3:** Neuer Textvorschlag einer PM

Insoweit rege ich die kenntlich gemachten redaktionellen Änderungen an:

*„Die Bundesregierung hat sich mit der Teilnahme an der Open Government Partnership zu Offenheit und Transparenz im Regierungshandeln bekannt. Die Bundesministerien haben als wichtigen weiteren Schritt auf dem Weg zu diesen Zielen nun beschlossen, Gesetzentwürfe und die im Rahmen der so genannten Verbändebeteiligung dazu eingeholten Stellungnahmen aus der ~~aktuellen~~ **laufenden** 18. Legislaturperiode schrittweise **im Internet** zu veröffentlichen.“*

**Zu Punkt 4:** Einheitliches Vorgehen

H.E. besteht insoweit noch weiterer Klärungsbedarf.

Wie auch zwischenzeitlich bereits von BMEL angemerkt, kann jedenfalls in den Fällen, in denen bereits eine bestimmte Verbandsstellaungnahme über einen IFG-Antrag angefragt wurde, dessen Veröffentlichung nicht von der Entscheidung des Verbands abhängig gemacht werden. Oder aber es müsste der entsprechende IFG-Antrag beschieden werden (was dann aber i.d.R. die Herausgabe der Stellungnahme zur Folge haben dürfte, ggf. unter Schwärzung der personenbezogenen Daten; jedenfalls diesen Antragsteller wird man ja nicht auf eine Veröffentlichung der begehrten Informationen verweisen können).

I.Ü. ist der im Protokollentwurf nunmehr aufgenommene Satz „Die Veröffentlichung erfolgt unter der Maßgabe, dass personenbezogene Daten im erforderlichen Umfang in den Stellungnahmen der Verbände zuvor entfernt (geschwärzt) werden.“ ist missverständlich.

Zum einen bleibt unklar, ob eine generelle Schwärzung der personenbezogenen Daten erfolgen soll Insoweit weise ich erneut darauf hin, dass eine generelle Schwärzung der personenbezogener Daten nur erforderlich, wenn keine Verbändeabfrage erfolgt. Wird der Veröffentlichung nicht widersprochen, bedarf es keiner Schwärzung personenbezogener Daten. Eine „Doppel“-Lösung würde zu einer Erhöhung der Verwaltungsaufwands führen und macht auch rechtlich keinen Sinn.

Zum anderen bleibt bei dieser Formulierung offen, durch wen die Schwärzungen personenbezogener Daten vorgenommen werden sollen (h.E. ist dies, wenn dem BMJV-Vorschlag gefolgt werden soll, die Aufgabe der Verbände, und zwar in dem Fall, wenn der Veröffentlichung teilweise widersprochen wird).

Im Auftrag

Sabine Sauerwein

---

Bundesministerium des Innern

Referat V II 1 - Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit,

Informationszugangsrecht, Personenstandswesen und Namensrecht

Post: Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030-18681-10176

Fax : 030-18681-10164

E-Mail: [VII1@bmi.bund.de](mailto:VII1@bmi.bund.de)

---

**Von:** VI2\_

**Gesendet:** Dienstag, 11. Juli 2017 11:29

**An:** VII1\_

**Cc:** VI1\_; ALV\_; UALVI\_; UALVII\_; O1\_

**Betreff:** O1-Prüfbitte - Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

V I 2 -

Das dürfte für Sie und ggf. weitere Referate der V (?) bestimmt sein. Daher weitergeleitet mit der Bitte um Übernahme.

---

**Von:** O1\_

**Gesendet:** Dienstag, 11. Juli 2017 11:17

**An:** [IFG@bmjv.bund.de](mailto:IFG@bmjv.bund.de); [GII1@bmub.bund.de](mailto:GII1@bmub.bund.de); BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; [505-20@diplo.de](mailto:505-20@diplo.de); [505-22@diplo.de](mailto:505-22@diplo.de); [ifg@bk.bund.de](mailto:ifg@bk.bund.de); BKM-K13\_; [justizariat@bmas.bund.de](mailto:justizariat@bmas.bund.de); [IFG@bmbf.bund.de](mailto:IFG@bmbf.bund.de); BMEL Referat 114; [VB5@bmf.bund.de](mailto:VB5@bmf.bund.de); [DG3@bmfsfj.bund.de](mailto:DG3@bmfsfj.bund.de); BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; [Ref-z13@bmvi.bund.de](mailto:Ref-z13@bmvi.bund.de); BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; [013-9@auswaertiges-amt.de](mailto:013-9@auswaertiges-amt.de); AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar; VI2\_; ZI4\_

**Cc:** O1\_; Jost, Tanja

**Betreff:** AW: an ro, Jo WG: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der St-Runde am 10.07.2017 wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Für die laufende Legislaturperiode sollen im Ergebnis alle Referentenentwürfe und Stellungnahmen ins Netz gestellt werden. Etwaige IFG-Antragsteller sollen auf diese Internetveröffentlichungen hingewiesen werden.
2. Um den Arbeitsanfall in den Ressorts handhabbar zu halten, sollen die Einstellungen sukzessive in der Reihenfolge des Eingangs der IFG-Anträge erfolgen.
3. Was mit künftigen Referentenentwürfen etc. passiere, habe die nächste Bundesregierung zu entscheiden (solche Dokumente können derzeit ohnehin nicht von IFG-Anträgen umfasst sein).
4. BMI werde weiterhin gebeten, auf ein ressortweit einheitliches Vorgehen hinzuwirken (welche Stellungnahmen genau, müssen Verbände vorher noch einmal gefragt werden etc.) und in der St-Runde nächste Woche nochmals hierzu zu berichten.

**Punkte 1 und 2** entsprechen den Annahmen, die der Ressortbesprechung vom 05.07. zugrunde lagen.

Aus **Punkt 3** ergibt sich, dass die vorbereitete Pressemeldung an die neue Sachlage angepasst werden muss. Der Hinweis auf zukünftige Veröffentlichungen sowie der Hinweis auf die gemeinsame Linie der Bundesregierung wurden entfernt. Der neue Textvorschlag lautet wie folgt:

*„Die Bundesregierung hat sich mit der Teilnahme an der Open Government Partnership zu Offenheit und Transparenz im Regierungshandeln bekannt. Die Bundesministerien haben als wichtigen weiteren Schritt auf dem Weg zu diesen Zielen nun beschlossen, Gesetzentwürfe und die im Rahmen der so genannten Verbändebeteiligung dazu eingeholten Stellungnahmen aus der aktuellen 18. Legislaturperiode schrittweise zu veröffentlichen.“*

In **Punkt 4** wird explizit ein ressortweit einheitliches Vorgehen gefordert. Daher schlagen wir hinsichtlich der Beteiligung der Verbände im Rahmen der Veröffentlichung von deren Stellungnahmen für die 18. Legislaturperiode vor, abweichend von unserer E-Mail zur Klarstellung vom 10.07.17, dem unten stehenden Vorschlag des BMJV zu folgen. Damit ist die Einheitlichkeit gegeben. Das entsprechend angepasste Dokument ist dieser E-Mail beigelegt. Eine erneute Ressortbesprechung zu diesem Punkt ist dazu aus unserer Sicht derzeit nicht erforderlich.

**Zur Pressemeldung und zum Vorgehen unter Punkt 4 bitten wir um Prüfung und Rückmeldung etwaiger Einwendungen bis heute Dienstschluss an das Referatspostfach [o1@bmi.bund.de](mailto:o1@bmi.bund.de).**

--

Bundesministerium des Innern  
Referat O 1  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Tel.: 030 / 18681 – 12807  
Fax: 030/18681 -5 12807  
[Carsten.Rosche@bmi.bund.de](mailto:Carsten.Rosche@bmi.bund.de)  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [IFG@bmjv.bund.de](mailto:IFG@bmjv.bund.de) [<mailto:IFG@bmjv.bund.de>]

Gesendet: Montag, 10. Juli 2017 18:01

An: O1\_

Cc: [GII1@bmub.bund.de](mailto:GII1@bmub.bund.de); BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; [505-20@diplo.de](mailto:505-20@diplo.de); [505-22@diplo.de](mailto:505-22@diplo.de); [ifg@bk.bund.de](mailto:ifg@bk.bund.de); BKM-K13\_; [justizariat@bmas.bund.de](mailto:justizariat@bmas.bund.de); [IFG@bmbf.bund.de](mailto:IFG@bmbf.bund.de); BMEL Referat 114; [VB5@bmf.bund.de](mailto:VB5@bmf.bund.de); [DG3@bmfsfj.bund.de](mailto:DG3@bmfsfj.bund.de); BMG Z17; [IFG@bmjv.bund.de](mailto:IFG@bmjv.bund.de); BMVG BMVg Recht I 1; [Ref-z13@bmvi.bund.de](mailto:Ref-z13@bmvi.bund.de); BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; [013-9@auswaertiges-amt.de](mailto:013-9@auswaertiges-amt.de); AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar

Betreff: an ro, Jo WG: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Wichtigkeit: Hoch

Lieber Herr Rosche,

beigefügt die Änderungswünsche des BMJV, vgl. Anlage.

In der Ressortbesprechung wurde insbesondere klar - und mit Abstimmung belegt - vereinbart, dass ohne eine schriftliche Information der Verbände rückwirkend keine Veröffentlichung erfolgen kann. Die in dem von Ihnen zugeleiteten Protokollentwurf nunmehr ausformulierte Alternative (entweder Schwärzung von personenbezogenen Daten ODER schriftliche Mitteilung an Verbände über beabsichtigte Veröffentlichung mit Möglichkeit zum Widerspruch) entspricht nicht dem Entscheidungsstand.

BMJV geht von der hiesigen bewährten Praxis aus, die auch in der Ressortbesprechung eingehend thematisiert wurde. Danach sind es die Verbände, die etwaige Schwärzungen vornehmen. Die Verbände leiten BMJV ein pdf-Dokument in aus ihrer Sicht veröffentlichungsfähiger Fassung zu.

Durch wen etwaige Schwärzungen in den Stellungnahmen von Verbänden vorzunehmen sein werden, war in der Ressortbesprechung strittig und am Ende nicht geklärt.

Vor diesem Hintergrund wird zur Verfahrensweise im Vorfeld der Veröffentlichung von Verbandssternnahmen der nachfolgende (und in die Anlage eingearbeitete) Text zu Nummer 1 Buchstabe c des Protokolls vorgeschlagen:

1) Bezüglich der Veröffentlichung ...

a) ...

b) ...

c) Es werden die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen der Verbände veröffentlicht. "Dazu wird den Verbänden vorab schriftlich mitgeteilt, dass die Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen, und diesen die Möglichkeit des Widerspruchs gegeben. Die Veröffentlichung erfolgt unter der Maßgabe, dass personenbezogene Daten im erforderlichen Umfang in den Stellungnahmen der Verbände zuvor entfernt (geschwärzt) werden. Über das genaue Verfahren hierzu können sich die Häuser mit den Verbänden ins Benehmen setzen."

In dieser, auch aus der Anlage ersichtlichen Fassung ist BMJV - immer vorausgesetzt, der Beratungsstand auf Referateebene ist durch die Unterlage für die heutige St-Runde und die dortigen Erörterungen, deren Ergebnisse hier noch nicht bekannt sind, nicht überholt - mit dem Protokollentwurf einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Vera Jungewelter  
Referatsleiterin

---

Referat Z B 7  
Bundesministerium der Justiz und  
für Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 18 580-9727  
Fax: (030) 18 580-9525  
E-Mail: jungewelter-ve@bmjv.bund.de  
Internet: www.bmjv.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: O1@bmi.bund.de [mailto:O1@bmi.bund.de]

Gesendet: Freitag, 7. Juli 2017 10:03

An: Gll1@bmub.bund.de; Silvia.Dannenbring@bmwi.bund.de; Nina.Wunderlich@bmwi.bund.de; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; K13@bkm.bund.de; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; 114@BMEL.BUND.DE; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; Z17@bmg.bund.de; IFG; BMVgRecht1@BMVg.BUND.DE; Ref-z13@bmvi.bund.de; IFG@bmz.bund.de; NinaMarie.Guettler@bmwi.bund.de; 013-9@auswaertiges-amt.de; 505-0@auswaertiges-amt.de; Juergen.Mueller@bmfsfj.bund.de; Christina.Kappl@bmfsfj.bund.de; Jutta.Bourauel@BMFSFJ.BUND.DE; Philipp.Behrens@bmub.bund.de; Dietmar.Horn@bmub.bund.de; Matthias.Sauer@bmub.bund.de; Dagmar.Lutz@bmub.bund.de  
Cc: O1@bmi.bund.de; Tanja.Jost@bmi.bund.de; VII1@bmi.bund.de; ZI4@bmi.bund.de; Ernst.Buerger@bmi.bund.de; Beate.Lohmann@bmi.bund.de  
Betreff: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie den Protokollentwurf zur Ressortbesprechung am 05.07.2017. Anmerkungen senden Sie bitte bis Montag, 10.07.2017 DS an das Referatspostfach O1@bmi.bund.de.

Ich weise bezüglich der getroffenen Vereinbarungen nochmals auf den Vorbehalt hinsichtlich der ausstehenden Rückmeldung zum in der St-Runde am Montag vereinbarten Vorgehen hin.

Der beigefügte PM-Entwurf entspricht der gestern bereits versandten Version und berücksichtigt noch nicht die Rückmeldungen aus der Ressortabstimmung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 - 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

Carsten.Rosche@bmi.bund.de

[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

---

Von: O1\_

Gesendet: Dienstag, 4. Juli 2017 13:20

An: 'AA Referat 505'; 'AA Referat 505-0'; 'AA Referat 505-22'; 'BK Amt'; 'BKM-K13\_'; 'BMAS'; 'BMBF Z 24'; 'BMEL Referat 114'; 'BMF VB 5'; 'BMFSFJ'; 'BMG Z17'; 'IFG'; 'BMJV'; 'BMUB'; 'BMVG BMVg Recht I 1'; 'BMVI Referat Z13'; 'BMWU BUERO-ZR'; 'BMZ IFG'; VII1\_

Cc: Jost, Tanja; Rosche, Carsten; Schüssler, Jana

Betreff: Einladungsschreiben zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir Sie ein zu einer Ressortbesprechung zur Umsetzung der Entscheidung der St-Runde vom 03.07.2017 hinsichtlich des weiteren Vorgehens im Rahmen der IFG-Kampagne "Gläserne Gesetze".

Die Besprechung wird als Videokonferenz im

BMI Berlin, Alt-Moabit 140, 10557 Berlin, Raum B 3229 und im

BMI Bonn, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn, Raum 205 im Haus 6

stattfinden.

Da es um die zeitnahe Veröffentlichung der Gesetzentwürfe und Verbändestellungnahmen auf den Internetportalen der Ressorts geht, stelle ich die zusätzliche Teilnahme jeweils eines Vertreters Ihrer Internetredaktionen anheim.

Ergänzende Unterlagen zum Termin erhalten Sie im Laufe des heutigen Nachmittags.

Wir bitten um Anmeldung für Bonn oder Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Tanja Jost

---

Bundesministerium des Innern  
Referatsleiterin O1

Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;

Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 18681-11982

E-Mail: O1@bmi.bund.de <mailto:O1@bmi.bund.de>

E-Mail (persönlich):Tanja.Jost@bmi.bund.de